

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Transparenz in zentralen Europafragen herstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Entwicklungen zur Rettung des Euro dem Landtag zeitnah vor der parlamentarischen Sommerpause zu berichten.

Dabei soll u.a. auf folgende Fragenkomplexe eingegangen werden:

- Inwieweit wirken sich die am 28. und 29. Juni in Brüssel getroffenen Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone auf die Umsetzung der aktuell verabschiedeten Gesetze zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Fiskalpakt aus? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Bayern und die dort lebenden Bürger?
- Inwieweit erlauben die am 29. Juni durch Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Umsetzungsgesetze zum ESM und Fiskalpakt einen Einfluss der EU-Kommission oder anderer Organe der Euro-Zone auf den bayerischen Haushalt? Inwieweit wird der Handlungsspielraum der bayerischen Politik dadurch eingengt?
- Inwiefern plant die Staatsregierung, die Bevölkerung durch Volksabstimmung an den Entscheidungen zur Euro-Rettung zu beteiligen?

Begründung:

In immer größer werdendem Tempo werden Maßnahmen zur Rettung der Stabilität des Euro ergriffen. Dabei haben die Parlamente oftmals nur noch die Funktion den auf europäischer Ebene gefassten Entscheidungen eine nationale Legitimationsgrundlage zu geben.

Die Summen, die aufgewandt werden, türmen sich inzwischen in schwindelerregende Höhen auf und haben die Billionenmarke schon überschritten. Auf Deutschland und seine Bürger kommen Risiken zu, die nur noch wenige zu durchschauen vermögen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, dass die Abgeordneten des Bayerischen Landtags als direkt gewählte Volksvertreter umfassend und zeitnah über die getroffenen Maßnahmen, an denen die Staatsregierung über den Bundesrat beteiligt ist, informiert werden. Nur so können sie auch sachgerecht gegenüber der bayerischen Bevölkerung Auskunft erteilen und die Auswirkungen auf die bayerische Politik angemessen einordnen und beurteilen.